Die Debatte um die Harburger Kulturförderung erreicht mit der Stellungnahme der Behörde für Kultur und Medien (BKM) vom 5. Mai 2026 eine neue, ernüchternde Stufe der bürokratischen Logik.

Wer glaubte, dass die seltene Einigkeit der Harburger Parteienlandschaft in der Kulturbehörde für ein Umdenken sorgen würde, sieht sich nun eines Besseren belehrt. Es ist ein politisches Schauspiel der besonderen Art: Alle Harburger Fraktionen – von der Linken bis zur FDP – stehen Seite an Seite und fordern eine jährliche Erhöhung der Mittel um 457.000 Euro. Sie wollen endlich die Früchte des Kulturentwicklungsplans ernten und Institutionen wie SuedKultur oder das Kulturhaus Süderelbe auf ein solides Fundament stellen. Doch die Antwort aus der City liest sich wie ein Lehrstück in Sachen Zuständigkeitsvermeidung.

Die Kulturbehörde vollführt in ihrer Stellungnahme einen bemerkenswerten rhetorischen Spagat. Einerseits gibt sie den Harburger*innen recht: Ja, der Bezirk ist unterfinanziert. Ja, das kulturelle Potenzial wird nicht ausgeschöpft und kann es auch nicht. Andererseits zuckt sie mit den Achseln und verweist auf eine Steigerung von mickrigen 1,39 %, die gerade einmal die Tarifsteigerungen auffängt. Mehr sei nicht drin, und eine einseitige Bevorzugung Harburgs verbiete das System.

Das ist das Harburger Paradoxon: Man bescheinigt dem Bezirk schwarz auf weiß eine strukturelle Benachteiligung, weigert sich aber, diese zu beheben, weil man damit andere Bezirke benachteiligen könnte, die historisch gesehen ohnehin mehr Geld bekommen. Die Forderung der Behörde, dass alle sieben Bezirke gemeinsam einen neuen Verteilungsschlüssel aushandeln müssen, gleicht einer diplomatischen Sackgasse. Es ist, als würde man sieben hungrigen Menschen einen zu kleinen Kuchen hinstellen und verlangen, dass sie sich einstimmig auf eine neue Verteilung einigen, während einige bereits seit Jahren die größeren Stücke auf dem Teller haben.

Besonders bitter stößt auf, dass die Behörde die bezirkliche Entscheidungshoheit als hohes Gut preist. Doch was nützt die Hoheit über die Mittel, wenn diese Mittel hinten und vorne nicht reichen, um die selbst gesteckten Ziele der Kulturentwicklung zu erreichen? Das Bezirksamt hat einen Mehrbedarf von fast einer Million Euro angemeldet. Die Antwort der Behörde darauf ist eine Nullrunde mit Ansage.

Die Harburger Abgeordneten in der Bürgerschaft sind nun mehr denn je gefordert. Wenn die Behörde sich hinter dem Verteilungsschlüssel verschanzt, muss der

Copyright © SuedKultur - Tiefgang | www.tiefgang.net/ | 1

politische Druck direkt in den Haushaltsverhandlungen der Stadt erhöht werden. Es geht nicht darum, anderen Bezirken etwas wegzunehmen. Es geht darum, dass eine wachsende Stadt wie Hamburg ihre Stadtteilkultur nicht nach historischen Zufälligkeiten, sondern nach aktuellen sozialen Realitäten finanzieren muss.

Wenn die Mauer aus Paragrafen nicht fällt, wird der viel gelobte Kulturentwicklungsplan als Papiertiger in den Archiven verstauben. Harburg hat geliefert, was Konzepte und Engagement angeht. Jetzt ist es an der Zeit, dass die Hansestadt zeigt, ob ihr die kulturelle Teilhabe südlich der Elbe wirklich mehr wert ist als eine freundliche Stellungnahme. Alles andere wäre eine Fortsetzung jener Böhmschen Briefkultur, die zwar korrekt im Ton, aber verheerend in der Wirkung ist.

Tiefgang statt Bezahlschranke: Dir ist dieser Artikel ein paar Euro wert? Mit einer Spende via PayPal hilfst du uns, weiterhin unabhängig über die Kulturszene zu berichten.

per paypal (siehe QR-Code) oder direkt auf das Konto Kulturspinnerei, GLS Bank, IBAN: DE42 4306 0967 1117 3871 00, Betreff: „Tiefgang“

Related Post



„Musikstadtfonds stärkt Vielfalt Hamburgs“



Wanted! Stadtkurator*in für Kunst im öffentlichen ...



Literarische Rallye auch in Hamburgs Süden



Ein politischer Offenbarungseid



Copyright © SuedKultur - Tiefgang | www.tiefgang.net/ | 3